

# Frankfurter STADTZEITUNG

EXTRA zum 20.09.2019

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FRANKFURT AM MAIN

## Militär, Aufrüstung, Waffenexport und Kriege sind Klimakiller

**Am 20. September:**

### Alt und Jung gemeinsam auf die Straße gegen die drohende Klimakatastrophe und gegen Hochrüstung und Kriege!

Die Bewegung Fridays for Future (FFF) ruft für Freitag, den 20. September zum weltweiten Protest für Maßnahmen zum Stopp des menschengemachten Klimawandels auf. Wir erinnern aber auch daran, daß Kriege ebenfalls verheerende Klimakiller sind. Wir sehen keinen Gegensatz zwischen FFF und Friedensbewegung, wollen auch die Ziele nicht gegeneinander stellen. Daß ein Atomkrieg das Klima völlig verändern würde ist bekannt, die in die Luft geschleuderte Materie würde monatelang die Sonne verdunkeln. Auch deshalb fordern wir den Abzug der US-Atombomben aus Büchel. Aber auch unterhalb dieser Schwelle sind Krieg und der gesamte Militärbetrieb Klimakiller. Daran erinnern uns die brennenden Raffinerien in Saudi-Arabien, wo wahrscheinlich mehr Öl derzeit verbrennt als alle Dieselaautos in einigen Wochen verbrauchen. Folge eines Krieges, den Saudi-Arabien schon seit Jahren im Jemen führt, wo derzeit ca. 12 Mio. Menschen hungern. Ohne Rüstungslieferungen, auch aus Deutschland, könnte die regierende fundamentalistische Dynastie der Saudis den Krieg nicht führen. Wir fordern deshalb das Verbot von deutschen

Kriegswaffenexporten.

Während diese Extra-Ausgabe geschrieben wird, eskalieren die Vorgänge am Persischen Golf. Die USA sprechen von Beweisen, daß der Angriff auf Saudische Ölanlagen vom Iran aus erfolgte. Wir erinnern uns dabei an die seinerzeitigen Beweise für die Massenvernichtungswaffen Saddams.

Laut Zahlen der IPPNW\* hat allein das US-Militär ca. 1,2 Mrd. Tonnen Treibhausgase in die Luft gepustet. Alleine 2017 runde 59 Mio. Tonnen, mehr als z.B. das Industrieland Schweden, mehr als jeweils ca. 130 Staaten auf der Welt. Ramstein ist eine Drehscheibe für die US-Interventionskriege gerade im Nahen Osten und für den US-Drohnenkrieg. Wir fordern die Schließung der US-Basis Ramstein.

Am Freitag will die Bundesregierung beschließen, mit welchen Maßnahmen sie die Klimaziele noch erreichen will. Dazu schreiben die Medien, das werde 40 Milliarden Euro kosten. Die sollen auch über Massensteuern, welche die heizende Rentnerin härter treffen als den Sprit verheizenden Fahrer eines Porsche Cayenne, herein geholt werden. Gleichzeitig machen sich CDU/CSU, FDP und AfD stark für Rüstungs-

ausgaben in Höhe von 2% des Bruttoinlandsprodukts. Ab Mitte der zwanziger Jahre würde das jährlich alleine 40 Mrd. zusätzlich kosten. Wir fordern keine Erhöhung, sondern Senkung der Rüstungsausgaben. Keine unsoziale Besteuerung kleiner und mittlerer Einkommen!

Es ist die Klimakatastrophe, die uns bedroht, nicht etwa kriegslüsterne Nachbarstaaten.

Zahlen sollen die, welche von der bisherigen Fehlentwicklung profitierten. Wenn ein Geschwisterpaar aus Süddeutschland, daß z.B. auch die Beschäftigten von BMW für sich arbeiten läßt, täglich um 6 Mio. Euro reicher wird, dann wird deutlich, wo das Geld auch für den Klimaschutz zu holen ist. Wir fordern, daß die Profiteure des klimafeindlichen Wirtschaftens zur Kasse gebeten werden.

\* IPPNW (Abkürzung für International Physicians for the Prevention of Nuclear War; deutsche Sektion IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.)

## **NEIN zu weiteren Erhöhungen der Lebenshaltungskosten der arbeitenden Menschen!**

### **Erklärung der DKP Frankfurt vom 19.09.2019**

Angesichts der bevorstehenden Beratungen des „Klimakabinetts“ der Bundesregierung am 20.9. erklärt die DKP Frankfurt:

Ob sich die große Koalition aus CDU/CSU und SPD auf eine CO2-Steuer oder andere Arten der CO2-Bepreisung einigen wird, ist nebensächlich. Die geplanten Abgaben sind ein Angriff auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land. Sie werden direkt zu einer Erhöhung der Kosten für Wohnen und Energie führen. Ebenfalls massiv erhöht werden so die Kosten für Mobilität, d.h. sich mit Auto, Bahn und Bus und anderen Verkehrsmitteln in Beruf, im täglichen Leben und in der Freizeit bewegen können.

Die DKP Frankfurt sagt NEIN zu diesem Raubzug.

Die geplante höhere CO2-Bepreisung bedeutet ...

... höhere Treibstoffpreise. Insbesondere für Menschen auf dem Land und Pendler gibt es kaum eine Alternative zum eigenen PKW, nachdem jahrelang der ÖPNV kaputtgespart und ausgedünnt wurde. Gleichzeitig wurden die Fahrpreise des

RMV seit Jahren immer weiter erhöht.

... höhere Heizkosten. Sowohl Eigenheimbesitzern als auch Mietern wird tief ins Portemonnaie gegriffen. Eine energetische Sanierung ist für viele kaum bezahlbar oder ihnen wird als Mieter bis zu 8% der Modernisierungskosten auf die Miete draufgeschlagen (nach § 559 BGB).

Große Firmen und große Vermögen werden wieder geschont.

Die DKP Frankfurt wendet sich gegen steigende Strompreise durch die EEG-Umlage für die kleinen Verbraucher. Die großen Stromverbraucher müssen zahlen.

Der öffentliche Wohnungsbau muss massiv ausgeweitet werden.

Nach Rentensenkung und Agenda 2010 mit Hartz 4 kommt nun ein weiterer Angriff auf Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose, Schüler, Studierende und Rentner. Leisten wir Widerstand gegen das Absenken unseres Lebensstandards durch die große Koalition!

**Keine Abwälzung der Kosten für eine Klimawende auf die Beschäftigten**

**Senkung der Rüstungsausgaben**

**JA zu einer Kerosinsteuer**

**JA zu einer wirklichen Verkehrswende**

**JA zum Ausbau des ÖPNV und zu Fahrpreissenkungen!**

**JA zur Verlagerung des Frachtverkehrs von der Straße auf die Schiene**

**JA zum Wohnungsbau in Kommunalen Hand mit bezahlbaren Mieten!**

**Für die Wiederverstaatlichung der Deutschen Bahn!**

**Für die Wiederverstaatlichung von Energieerzeugung und -Versorgung!**

**Wer vom Klimawandel spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen**